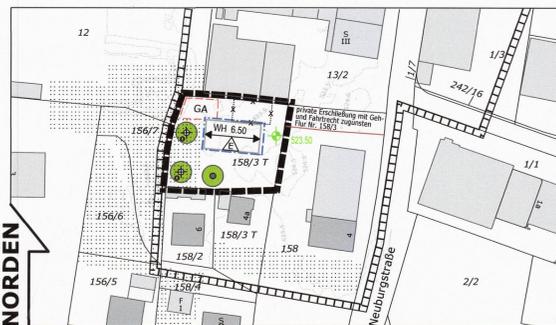


LAGEPLAN M 1 : 1.000



PRÄAMBEL

Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham erlässt aufgrund des § 1 Abs. 8 sowie § 10 und § 13a des Baugesetzbuches (BauGB), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), des Art. 81 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) und des Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) diese Bebauungsplanänderung als Satzung.

Die 11. Bebauungsplanänderung ersetzt für ihren Geltungsbereich den Planteil des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 60 "Vagen Ortskern I", rechtskräftig seit 25.11.1994. Die Festsetzungen durch Planzeichen beschränken sich auf die in der Bebauungsplanänderung verwendeten Planzeichen.

Diese Bebauungsplanänderung beinhaltet lediglich die planungsrelevanten Festsetzungen durch Text. Im Übrigen gelten die Festsetzungen durch Text des rechtskräftigen Bebauungsplanes einschließlich bisheriger Änderungen auch für diese Änderung. Die Ziffernfolge wurde angepasst, ergänzende Festsetzungen bzw. Änderungen wurden eingefügt.

A FESTSETZUNGEN DURCH PLANZEICHEN

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs**
  - Grenze des räumlichen Geltungsbereichs der 11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 60 "Vagen Ortskern I".
  - Umgrenzung von Erhaltungsbereichen nach §172 Abs. 1 BauGB
- Maß der baulichen Nutzung**
  - WH 6.50 Zulässige Wandhöhe [m] als Höchstmaß, z.B. 6,50 m
- Überbaubare Grundstücksflächen und Stellung der baulichen Anlagen**
  - Baugrenze gemäß § 23 BauNVO
  - Zwingend vorgeschriebene Firstrichtung entsprechend Planeintrag durch nebenstehendes Planzeichen
  - Nur Einzelhäuser zulässig
- Flächen für Nebenanlagen und für Anlagen für den ruhenden Verkehr**
  - Flächen für Garagen
- Festsetzungen zur Grünordnung**
  - Ortsbildprägend Hausgarten und Obstwiesen

B HINWEISE DURCH PLANZEICHEN

- Bestehende Haupt- und Nebengebäude** Zum Abbruch vorgesehener Baukörper
- Bestehende Grundstücksgrenze** Referenzpunkt, Höhe OK über NN [m], z.B. 523,50 m ü. NN
- Flurnummer, z.B. 158/3** Laub- / Obstbaum, zu erhalten
- Bebauungsvorschlag** Standortvorschlag Baumpflanzung

C FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

- Art der baulichen Nutzung**
    - Das Planungsgebiet wird als Dorfgebiet (MD) nach § 5 BauNVO festgesetzt. Zulässig sind entsprechend § 5 Abs. 2 BauNVO:
      - Wirtschaftsstellen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und die dazugehörigen Wohnungen und Wohngebäude,
      - Kleinsiedlungen einschließlich Wohngebäude mit entsprechenden Nutzgärten und landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen,
      - sonstige Wohngebäude,
      - Betriebe zur Be- und Verarbeitung und Sammlung land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse,
      - Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
      - sonstige Gewerbebetriebe,
      - Anlagen für örtliche Verwaltungen sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke,
      - Gartenbaubetriebe.
    - Nicht zulässig sind
      - Tankstellen.
- Die Ausnahmen gem. § 5 Abs. 3 BauNVO (Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2) sind nicht zugelassen.

- Maß der baulichen Nutzung**
  - Das Maß der baulichen Nutzung ist bestimmt durch die Angabe
    - der maximal zulässigen Wandhöhe WH,
    - der maximal zulässigen Grundflächenzahl GRZ.
 Die bisherige Festsetzung der max. zulässigen Gebäudehöhen GH wird durch die Festsetzung der maximal zulässigen Wandhöhe WH ersetzt.
 

Auf die Festsetzung der max. zulässigen Anzahl der Vollgeschosse wird verzichtet.
  - Maximal zulässige Wandhöhe**
 Zulässige Wandhöhe (m) gemäß § 18 BauNVO als Höchstmaß, gemessen von OK.FFB.EG bis zum Schnittpunkt der traufseitigen Außenwand mit OK Dachhaut. Die zulässige Wandhöhe wird planteilbezogen festgesetzt.
 

Für Neubauten von Garagen und sonstigen Nebenanlagen an Grundstücksgrenzen gilt einschränkend die zulässige Höhenentwicklung entsprechend der Abstandsflächenregelung gemäß Art. 6 BayBO.
  - Höhenlage der Gebäude**
 Die Höhenlage des Erdgeschossfußbodens über dem bestehenden Gelände darf 0,30 m nicht überschreiten.
  - Maximal zulässige Grundflächenzahl GRZ**
 Im Dorfgebiet MD wird die maximal zulässige Grundflächenzahl GRZ gemäß § 17 Abs. 1 BauNVO auf 0,6 begrenzt.
- Maximal zulässige Anzahl der Wohnungen je Wohngebäude**
  - Innerhalb des Geltungsbereichs der Bebauungsplanänderung wird die Wohnnutzung je Wohngebäude auf maximal 3 Wohnungen beschränkt.
- Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche und Stellung der baulichen Anlagen**
  - Überbaubare Grundstücksfläche**
 Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen festgesetzt. Geringfügige Überschreitungen dieser Baugrenzen für Anbauelemente z.B. Erker, Balkone, Wintergarten, Vordächer, etc. bis max. 1,5 m Tiefe sind gemäß § 23 Abs. 2 und 3 BauNVO zulässig. Terrassen sind innerhalb und außerhalb der Baugrenzen zulässig.
 

Die Abstandsflächen nach Art. 6 BayBO sind einzuhalten. Liegen Anbauteile innerhalb der notwendigen Abstandsflächen gilt die Regelung gem. Art. 6 Abs. 8 Ziff. 2 BayBO.
  - Bauweise**
 Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird gem. § 22 Abs. 2 BauNVO die offene Bauweise festgesetzt.
  - Flächen für Nebenanlagen und für Anlagen des ruhenden Verkehrs**
    - Nebenanlagen und sonstige Anlagen**
 Untergeordnete Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 1 und 2 BauNVO sind auf den nicht überbaubaren, privaten Grundstücksflächen allgemein zulässig.
 

Bewegliche Wertstoff- und Abfallsammelbehälter sind innerhalb der baulichen Anlagen unterzubringen.
    - Anzahl der Stellplätze**
 Es gilt die Verordnung über den Bau und Betrieb von Garagen sowie über die Zahl der notwendigen Stellplätze (GaStellV) vom 30.11.1993, letzte berücksichtigte Änderung vom 07.08.2018.
 

Abweichend zur Anlage zu § 20 GaStellV (notwendige Zahl der Stellplätze) sind für jede Wohnung 2 KFZ-Stellplätze auf dem jeweiligen Baugrundstück nachzuweisen.
    - Flächen für Garagen**
 Die Garagen sind nur innerhalb der entsprechend Planzeichen ausgewiesenen Flächen bzw. innerhalb der Baugrenzen zulässig.
 

Bei der Grenzbebauung entsprechend Plandarstellung von Garagen und deren Nebenräumen an der Grundstücksgrenze ist abweichend zu Art. 6 Abs. 9 BayBO gem. Art. 81 Abs. 1 Nr. 6 BayBO zur Beibehaltung landschaftstypischer Dachüberstände ein Abstand von mind. 0,6 m von der Grundstücksgrenze einzuhalten.
    - Flächen für KFZ-Stellplätze**
 Die Stellplätzen sind mit Rasenfugenpflaster, wassergebundenen Decken oder ähnlich wasserdurchlässigen Belägen auszuführen. Der Fugenanteil bei Pflasterbelägen muss mindestens 30 % betragen.
 
    - Garagenvorplatz**
 Vor Garagen ist ein Aufstellraum von mind. 5,00 m vorzusehen. Dieser wird nicht als Stellplatz angerechnet.
 

- Dachgauben, Quergiebel und Dacheinschnitte**
 Dachaufbauten und Dacheinschnitte sind unzulässig. Quergiebel sind nur an einer Traufseite der Hauptanlagen zugelassen. Die Breite der Quergiebel ist max. über 1/3 der Länge der traufseitigen Außenwand zulässig. Der First des Quergiebels muss lotrecht gemessen mindestens 0,5 m unter dem Hauptfirst enden. Die Dachneigung des Quergiebels darf bis zu 5 Grad größer sein als die des Hauptdaches.
- Dacheindeckung**
 Die Dacheindeckungen der Hauptgebäude und Garagen sind mit roten bis rot-braunen Dachziegeln oder Betondachsteinen auszuführen. Glänzende und reflektierende Dacheindeckungen sind nicht zulässig. Für untergeordnete Bauteile sind auch andere Dacheindeckungen, z.B. aus Glas oder Metall zulässig. Solarzellen und Sonnenkollektoren sind bündig in und an (bis max. 20 cm parallel über) der Dachfläche zu installieren.
- Fassadengestaltung**
 Die Baukörper sollen sich durch Proportion, Materialwahl und Farbgebung harmonisch in das Ortsbild einfügen. Glänzende und reflektierende Fassaden und Fassadenbekleidungen sowie grelle Fassadenanstriche sind nicht zulässig.
- Aufschüttungen und Abgrabungen**
 Veränderungen des natürlichen Geländeverlaufs (Abgrabungen, Aufschüttungen bzw. Terrassierung) sind nur in geringem Umfang bis zu einer Höhendifferenz von ± 0,30 m gegenüber dem natürlichen Gelände zulässig. Geländeänderungen sind weich zu modellieren.
 

Von der dargestellten Lage der Gehölze kann geringfügig abgewichen werden, wenn technische, verkehrstechnische oder gestalterische Gründe dies erfordern. Alle vorgeschriebenen Pflanzungen sind fachgerecht auszuführen.

Alle Pflanzungen sind aus standort- und klimagerechten Bäumen und Sträuchern fachgerecht herzustellen. Die gepflanzten Gehölze sind zu pflegen, zu erhalten und bei Ausfall durch Neupflanzung zu ersetzen. Die Anzahl der Bäume darf nicht unterschritten werden.

Sorten mit Säulen-, Pyramiden- und Hängeformen, buntlaubige Gehölze sowie alle Koniferen sind nicht zulässig. Geschnittene Hecken und Hecken aus Nadelgehölzen (Koniferen- und Thujenhecken) sind nicht zulässig.
- Festsetzung zur Grünordnung**
  - Gehölzpflanzungen**
 Allgemein sind zur Durchgrünung des Quartiers je 250 m² Freifläche mindestens 1 regionstypischer Laub-/Obstbäume zu pflanzen oder zu erhalten. Die im Planteil dargestellten Baumpflanzungen können auf die geforderte Mindestanzahl angerechnet werden. Die im Planteil dargestellte Anzahl an Bäumen darf nicht unterschritten werden.
 

Die Entfernung und Rodung von Bäumen ist nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG nur außerhalb der Vogelbrutzeit zulässig. Der vorgegebene Zeitpunkt für eine Rodung liegt demnach zwischen dem 01. Oktober und 28. Februar. Rodungsarbeiten sind nur innerhalb dieses Zeitraums durchzuführen.

Bei Abriss und Sanierung von Bestandsgebäuden sind Vorkommen von gebäudebrütenden Vögeln und Fledermäusen in Abstimmung mit der UNB durch entsprechende Vermeidungsmaßnahmen zu schützen.
- Ortsbildprägende Hausgarten und Obstwiesen**
 Die mit dem Planzeichen gemäß Ziff. A 6.1 bezeichneten nicht überbauten Grundstücksflächen sind allgemein zu begrünen und zu pflegen. Stellplätze und Nebenanlagen sind auf den, mit dem Planzeichen gemäß Ziff. A 6.1 versehenen Flächen nicht zulässig.
- Artenschutz**
  - Die Entfernung und Rodung von Bäumen ist nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG nur außerhalb der Vogelbrutzeit zulässig. Der vorgegebene Zeitpunkt für eine Rodung liegt demnach zwischen dem 01. Oktober und 28. Februar. Rodungsarbeiten sind nur innerhalb dieses Zeitraums durchzuführen.

**PLANUNGSGRUNDLAGEN**  
 Kartengrundlage / Geobasisdaten: Digitale Flurkarte M 1:1.000, Stand Juli 2020  
 Daten des Bayer. Landesamts für Vermessung und Geoinformation (LVG): Quelle: Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung (www.geodaten.bayern.de)  
 Die Darstellung der Flurkarte ist als Eigentumsnachweis nicht geeignet.

VERFAHRENSVERMERKE

- Der Bauausschuss der Gemeinde Feldkirchen-Westerham hat in der Sitzung vom 12.05.2020 die 11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 60 "Vagen Ortskern I" beschlossen. Die Änderung des Bebauungsplans wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 03.06.2020 ortsüblich bekannt gemacht.
- Zu dem Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 12.10.2020 wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 25.11.2020 bis 29.12.2020 beteiligt.
- Der Entwurf der Bebauungsplanänderung in der Fassung vom 12.10.2020 wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 25.11.2020 bis 29.12.2020 öffentlich ausgelegt.
- Die Gemeinde Feldkirchen-Westerham hat mit Beschluss des Bauausschusses vom 12.01.2021 die 11. Änderung des Bebauungsplans gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom 12.10.2020 einschl. der redaktion. Änderungen als Satzung beschlossen.
 

Feldkirchen-Westerham, den 13.01.2021 .....

  
 Hans Schaberl  
 (Erster Bürgermeister)
- Ausgefertigt  
 Feldkirchen-Westerham, den 01.01.2021 .....

  
 Hans Schaberl  
 (Erster Bürgermeister)
- Der Satzungsbeschluss zu der 11. Bebauungsplanänderung wurde am 01.01.2021 gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Die Bebauungsplanänderung mit Begründung wird seit diesem Tag zu den üblichen Dienststunden in der Gemeinde zu jedermanns Einsicht bereitgehalten und über dessen Inhalt auf Verlangen Auskunft gegeben.
 

Die Bebauungsplanänderung ist damit in Kraft getreten. Auf die Rechtsfolgen des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB und die §§ 214 und 215 BauGB wird hingewiesen.

Feldkirchen-Westerham, den 01.01.2021 .....

  
 Hans Schaberl  
 (Erster Bürgermeister)

GEMEINDE FELDKIRCHEN-WESTERHAM  
 LANDKREIS ROSENHEIM  
 Gemarkung Vagen



11. Änderung des Bebauungsplans Nr. 60 "Vagen Ortskern I"

mit integrierter Grünordnung

Flur Nr. 158/3

Fassung: Entwurf 12.10.2020

Planfassung zur Bekanntmachung Januar 2021

Zeichnungsmaßstab: M 1 : 1.000

Planung

  
 plg | Planungsgruppe Strasser  
 Zweigstelle Rosenheim  
 Format 765 / 580

Kufsteiner Str. 87  
 1. OG - Ost  
 83022 Rosenheim  
 RU/SHI

Tel: 08031 / 30 425 - 10  
 rosenheim@plg-strasser.de  
 BV 20836